

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F24
VERSION:	R2.0.9.S03
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	ECAS_nausmeik
NO_DOC_EXT:	2018-151783
SOFTWARE VERSION:	9.9.3
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	a.jaekel@bhvsm.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	/
NOTIFICATION PUBLICATION:	/

Konzessionsbekanntmachung

Dienstleistungen

Legal Basis:

Richtlinie 2014/23/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Kreis Viersen
Rathausmarkt 3
Viersen
41747
Deutschland
Kontaktstelle(n): Sebastian Cüsters
Telefon: +49 2162391747
E-Mail: Sebastian.Cuesters@kreis-viersen.de
Fax: +49 2162391857
NUTS-Code: DEA1E
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.kreis-viersen.de

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.breitbandausschreibungen.de
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Melz Gercke Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Ständehausstr. 10/11
Hannover
30159
Deutschland
Kontaktstelle(n): Meike Hütter
Telefon: +49 5118561490
E-Mail: m.huetter@melzgercke.de
Fax: +49 51185614922
NUTS-Code: DEA51
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.melzgercke.de/>
Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen an folgende Anschrift:
Melz Gercke Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Ständehausstr. 10/11
Hannover
30159
Deutschland
Kontaktstelle(n): Meike Hütter
Telefon: +49 5118561490
E-Mail: m.huetter@melzgercke.de

Fax: +49 51185614922

NUTS-Code: DE92

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.melzgercke.de>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Errichtung eines Breitbandnetzes der nächsten Generation im Kreis Viersen unter Gewährung eines verlorenen Zuschusses

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

32412000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Der Kreis Viersen beabsichtigt, den Bau eines Breitbandnetzes in den unterversorgten Teilen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch Gewährung eines Zuschusses nach Maßgabe der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22. Oktober 2015 sowie der Richtlinie des Landes NRW zur Kofinanzierung des Bundesprogramms an den Konzessionsnehmer zu fördern. Im Gegenzug soll sich der Konzessionsnehmer verpflichten, dieses Netz zu errichten und die Anwohner und Gewerbetreibenden in den betroffenen Teilen der kreisangehörigen Gemeinden mit Breitbanddiensten zu versorgen.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

32410000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEA1E

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Ziel der Maßnahme ist es, durch die Gewährung von Investitionsbeihilfen im Rahmen des Wirtschaftlichkeitslückenmodells zu ermöglichen, die unterversorgten Teilnehmeranschlüsse im Kreis Viersen über ein NGA-Netz zu erschließen. Hierfür hat der Auftraggeber folgende Mindestanforderungen festgelegt:

- Fertigstellung bis spätestens 31.12.2020
- Mindest-Datenübertragungsraten von 1 GBit/s im Download (asymmetrisch) für jeden unterversorgten Gebäudeanschluss Privatkunden
- Mindest-Datenübertragungen von 1 Gbit/s symmetrisch für jeden unterversorgten Anschluss in einem Gewerbe- & Industriegebiet, sowie für die ausgewiesenen Schulstandorte
- Bereitstellung GIS-Layer gemäß GIS-Nebenbestimmungen

- Bereitstellung kostenloser Gebäudeanschlüsse
- 100% Erfüllungsgrad für die unterversorgten Adressen.

Darüber hinaus soll sich der Auftragnehmer verpflichten, mögliche weitere Vorgaben aus den Zuwendungsbescheiden des Bundes und des Landes NRW zu erfüllen. Diese werden ihm ggf. nach Abgabe des verbindlichen Angebotes, aber vor Zuschlagserteilung mitgeteilt; er soll sodann eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgeben. Der Auftraggeber kann die Erteilung des Zuschlags von der Abgabe dieser Verpflichtungserklärung abhängig machen.

Die Beauftragung erfolgt auf Grundlage der Zuwendungsbescheide des Bundes und des Landes NRW nach Maßgabe der Richtlinie "Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland", Bekanntmachung des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur vom 22.10.2015, der Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next-Generation-Access (NGA)- Breitbandversorgung vom 15.06.2015, der Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (EU 2013/C20/01), der Richtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen zur Kofinanzierung des Bundesprogramms „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ sowie den hierzu geltenden Nebenbestimmungen

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die Konzession wird vergeben auf der Grundlage der Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit der Konzession**

Laufzeit in Monaten: 84

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister, der nicht älter als 3 Monate ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung ist
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 123 und § 124 GWB; im Falle des Vorliegens von Ausschlussgründen Eigenerklärung, ob und welche Maßnahmen des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB getroffen wurden, gemäß Formblatt – Eignungsnachweise

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Vorlage einer entsprechenden Bankauskunft/Bankerklärung, die nicht älter als 3 Monate ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung ist.

- Vorlage eines handelsrechtlichen Jahresabschlusses im Rahmen der Veröffentlichungspflicht des Unternehmens für das Jahr 2017, sofern bereits vorliegend; andernfalls für das Jahr 2016, sofern das Unternehmen seit dieser Zeit besteht

- Erklärung über die Investitionen und den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 Geschäftsjahren, sofern das Unternehmen bereits seit dieser Zeit besteht; andernfalls Erklärung über den Umsatz des Unternehmens seit Bestehen des Unternehmens gemäß Formblatt – Eignungsnachweise

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Vorlage einer Liste der wesentlichen in den letzten 3 Jahren erbrachten Leistungen im Telekommunikationsausbau mit Nachweis von FTTB-Leistungen; sofern das Unternehmen noch keine 3 Jahre besteht, entsprechender Referenzen seit Bestehen des Unternehmens gemäß Formblatt – Eignungsnachweise

- Vorlage der Beschreibung der technischen Ausrüstung gemäß Formblatt - Eignungsnachweise

- Vorlage der Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Gewährleistung der Qualität, wie z.B. Eigenüberwachungsmaßnahmen gemäß Formblatt – Eignungsnachweise

III.1.5) **Angaben über vorbehaltene Konzessionen**

III.2) **Bedingungen für die Konzession**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Konzessionsausführung:**

III.2.3) **Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für die Einreichung der Bewerbungen oder den Eingang der Angebote**

Tag: 11/12/2018

Ortszeit: 12:00

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Mit der vorliegenden Auftragsbekanntmachung wird eine unbestimmte Anzahl von Unternehmen zur Abgabe verbindlicher Angebote aufgefordert. Die Angebote sind innerhalb der in der Bekanntmachung aufgeführten Frist schriftlich und unterschrieben beim Ansprechpartner des Konzessionsgebers, MelzGercke Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Frau RAin Meike Hütter, Ständehausstr. 10/11, 30159 Hannover, einzureichen. Die Angebote sind in einem verschlossenen Umschlag unter Verwendung des mit den Vergabeunterlagen bereitgestellten Angebotsaufklebers einzureichen. Die Vergabeunterlagen können auf www.breitbandausschreibungen.de sowie auf der Homepage des Kreises Viersen (www.kreis-viersen.de) kostenlos abgerufen werden.

Verhandlungen über den Auftragsgegenstand oder die Angebote finden nicht statt. Der Konzessionsgeber behält sich jedoch die Führung von Aufklärungsgesprächen vor.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Rheinland über Bezirksregierung Düsseldorf, Spruchkörper Düsseldorf
 Am Bonnhof 35
 Düsseldorf
 40474
 Deutschland
 Telefon: +49 211475-3131
 E-Mail: angelika.nauels@brd.nrw.de
 Fax: +49 221147-3055
 Internet-Adresse: <http://www.brd.nrw.de/wirtschaft/vergabekammer/Erreichbarkeit.html>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer

2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen.

Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Rheinland über Bezirksregierung Düsseldorf, Spruchkörper Düsseldorf
 Am Bonnhof 35
 Düsseldorf
 40474
 Deutschland
 Telefon: +49 211475-3131

E-Mail: angelika.nauels@brd.nrw.de

Fax: +49 221147-3055

Internet-Adresse: <http://www.brd.nrw.de/wirtschaft/vergabekammer/Erreichbarkeit.html>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
10/10/2018